

erzielt hätten, überstieg den des Jahres 1981 um 55,1%. Die Steuerzahlungen stiegen um 29,8% verglichen mit der Summe, die sie im Jahre 1981 abgeliefert hätten. Der Anteil der von den Betrieben zurückgehaltenen Gewinne stieg um 51,8%. Mit den höheren Gewinnanteilen war es den Betrieben nun möglich, Krankenstationen, Kindergärten, Bäder, Bibliotheken und andere Einrichtungen zu finanzieren.

Vier Industriebetriebe in Tianjin, die mit dem Steuersystem im Jahre 1980 begannen, berichteten, daß der industrielle Bruttoproduktionswert 1982 um 61,5% über den entsprechenden Wert des Jahres 1979 gestiegen sei. Die an den Staat abgeführten Steuern stiegen während des gleichen Zeitraumes um 16,4%, und der einbehaltene Gewinn stieg 2,4mal.

Nach Meinung des Zeitungskommentators zeigt sich, daß das Steuersystem die Staatseinnahmen garantiert und den Fehler des alten Systems beseitigt, nach dem die Betriebe für ihre Verluste keine Verantwortung trugen (Jingji Ribao, 12.2.83, zit. nach XNA, 14.2.83).

-lou-

(41) Warnung vor Ersatzwährungen

Die Zahlungsmittelabteilung der Volksbank hat jetzt darauf hingewiesen, daß Ersatzwährungen oder "versteckte" Währungen jeder Art gesetzlich verboten seien. Die Jingji Ribao vom 15.1.1983 zitiert einen Hinweis der Geschäftskontroll-Sektion des Handelsministeriums wie folgt: "Unternehmen verstoßen insofern gegen das Gesetz, als sie 'Wareneinkaufs-Zertifikate' drucken und diese ihren Angestellten überlassen, damit sie in den Läden einkaufen können. Es ist falsch, daß manche Geschäfte grünes Licht für diese Praktiken geben, um ihre Umsätze zu erhöhen und höhere Boni zu erhalten. Den Geschäften ist es verboten, von den Betrieben hergestellte Ersatzwährungen anzunehmen, und noch weniger ist es ihnen erlaubt, selbst Ersatzwährungen zu drucken."

In der genannten Zeitung wird auch ein Brief von Zhang Dexin von der Provinzfiliale Heilongjiang der Volksbank abgedruckt, in dem er sich über die Wareneinkaufs-Zertifikate (guo huo quan) beklagt. Im Dezember letzten Jahres habe eine Fabrik aus Harbin Geldmittel in Höhe von über 6.000 Yuan an ein Warenhaus überwiesen unter dem Vorwand, Farbe und schwere

Schuhe einkaufen zu wollen. Die Fabrik druckte dann Einkaufszertifikate, verteilte sie an ihre Arbeiter und erlaubte ihnen, damit in dem betreffenden Warenhaus einzukaufen. In einem anderen Brief schrieb ein Leser aus Jinan, daß viele Einheiten als Ersatz für Boni "Zertifikate für nicht-freie Waren" ausgaben, die dann beim Einkauf benutzt würden. Ein Leser aus Hunan beklagte sich ebenfalls darüber, daß Einheiten aus Changde "Währungersatzzertifikate zum Einkauf von Waren" und "Zertifikate zum Tausch von Waren" ausgegeben hätten, damit ihre Arbeiter in bestimmten Geschäften einkaufen könnten. Viele Geschäfte würden diese Zertifikate gerne annehmen, um ihren Umsatz zu erhöhen (Jingji Ribao, 15.1.83, zit. nach SWB, 15.2.83).

-lou-

(42) Personalekrutierung durch Anzeigen

In China werden nun auch Arbeitskräfte durch Anzeigen angeworben. Nach einer Meldung der Volkszeitung hat die Provinzregierung von Anhui kürzlich 218 Arbeitskräfte aus Shanghai durch Anzeigen angeworben. Die meisten Arbeitskräfte waren qualifiziert, z.B. Ingenieure.

Im März 1982 seien, so der Bericht der Zeitung, einige Kader von der Provinzregierung von Anhui nach Shanghai entsandt worden, um dort Anzeigen für Techniker und Spezialisten aufzugeben. Mehr als 1.000 Menschen meldeten sich, und 218 von ihnen wurden innerhalb von drei Monaten angeworben. Gegen Ende des Jahres waren 159 auf ihren neuen Posten. Einige der Angeworbenen, die sich später nicht mehr meldeten, waren von anderen Provinzen bzw. Städten "abgeworben" worden. Das öffentliche Annoncieren von freien Stellen könne dazu mithelfen, den Einsatz von Talenten zu erleichtern. Die Einladungen, eine neue Stelle anzunehmen, werden auf freiwilliger Basis ausgesprochen und angenommen.

Auf einem kürzlich stattgefundenen Forum über die Stellenbesetzung von Kadern wurde beschlossen, daß das gegenwärtige System der Stellenzuweisung für Kader reformiert werden müsse. Es wurde bestätigt, daß die öffentliche Annoncierung einer der praktischen Wege sei, Talente auszutauschen.

Wie es in der Volkszeitung weiter heißt, habe die Methode der öffentlichen Ausschreibung zumindest drei Vorteile:

1. Die einstellende Einheit kann die Fachkräfte direkt kontaktieren; beide Parteien können sich ein Bild voneinander machen, Zwischenagenturen werden ausgeschaltet. Die Gefahr von "Fehlbesetzungen" kann reduziert oder beseitigt werden; qualifizierte Menschen könnten rationeller eingesetzt werden.

2. Das Annoncieren ist weder auf eine Abteilung noch auf einen Ort beschränkt. Dies beseitigt die mit der Kaderfrage verbundenen Barrieren des "Abteilungseigentums" und des "Einheitseigentums". Überschüsse und Mängelsituationen werden beseitigt; das Problem, daß einige Orte und Einheiten dringend wissenschaftliches und technisches Personal benötigen, wird gelöst.

3. Da es sich um Stellenanzeigen handelt, haben sowohl die einstellende Einheit als auch die Bewerber das Recht, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Der Angestellte kann entlassen werden, wenn seine Arbeit unbefriedigend ist, und er kann die Arbeit aufgeben, wenn er damit nicht zufrieden ist. Dies beendet nicht nur die Praxis des "eisernen Reistopfes", sondern beseitigt auch die Einschränkung, keine Mobilität zu erlauben. Auf diese Weise kann die Eigeninitiative der Arbeiter ins Spiel gebracht werden (RMRB, 11.1.83).

-lou-

- Ü 43 auf S.87 -

HONG KONG UND MACAU

(44) Großes Haushaltsdefizit und drastische Steuererhöhung

Seit acht Jahren hat die Regierung der britischen Kronkolonie Hongkong zum ersten Mal wieder eine Finanzlücke in ihrem Haushalt. Der laufende Haushalt 1982/1983, so die Erklärung des Leiters der Finanzbehörde vor dem Gesetzgebungsorgan am 24. Februar, enthält ein Defizit von 3,8 Mrd. HK\$ (660 HK\$ = 100 US\$).

Ursprünglich war ein Überschuß von 2,8 Mrd. HK\$ im Budget vorgesehen. Dies ergibt eine Differenz von 6,6 Mrd. HK\$. Der Rückgang der Einnahmen um 7,4 Mrd. HK\$ ist zurückzuführen auf die Wirtschaftslaute und vor allem auf den Zusammenbruch der Grundstückspreise.

In der Vergangenheit hatte die Kolonialregierung mit Absicht die Immobilienpreise hochgehalten und durch Veräußerung von Grundstücken der öffentlichen Hand die

Kasse gefüllt. Auf dem Höhepunkt dieser Politik 1980/81 hatte der Gewinn durch Grundstücksveräußerungen einen Anteil von 35,4% an den Gesamteinnahmen der Regierung. Seit China im letzten Jahr seine Absicht bekanntgab, die Kolonie von Großbritannien nach 1997 zurückzunehmen, haben die Grundstücke an Wert verloren. 1981/82 betrug die Einnahmen der Regierung im Grundstückgeschäft 9,7 Mrd.HK\$, 1982/83 werden nur noch 4,6 Mrd.HK\$ erwartet und im neuen Haushaltsplan werden nur noch 3 Mrd.HK\$ für diese Position erwartet.

Im Budget für das kommende Haushaltsjahr 1983/84 mit Einnahmen von 32,3 Mrd.HK\$ und Ausgaben von 35,5 Mrd.HK\$ bleibt weiter eine Lücke in einer Höhe von 3,2 Mrd.HK\$ bestehen. Um dieses Loch zu stopfen hat die Kolonialbehörde folgende 11 Steuern bzw. Gebühren drastisch erhöht: Steuer für Hausbesitzer, Alkohol- und Tabaksteuer, Verkehrssteuer, Führerscheingebühr, Handelsregistergebühr, Eintragungsgebühr für Firmen, Lizenzgebühr für Banken, Steuer für Mieteinnahme von Hotelzimmern, Flughafengebühr, Hafengebühr und Lotteriesteuer. Nach der Bekanntgabe der Steuererhöhung für Tabak um das Vierfache hat es am 24. Februar Hamsterkäufe von Zigaretten gegeben (DGB, 25.-27.2.83).

-ni-

TAIWAN

(45)

Lieferung von 66 US-Kampfflugzeugen

Das Außen- und das Verteidigungsministerium in Washington haben am 9.2.83 vor der Presse die Entscheidung, weitere US-Kampfflugzeuge an Taiwan zu liefern, bestätigt. Es handelt sich dabei um 66 gebrauchte F-104, die Washington von den europäischen Verbündeten, hauptsächlich der Bundesrepublik Deutschland, zurückgekauft hat. 23 davon wurden inzwischen bereits an Taiwan übergeben und 43 weitere befinden sich auf dem Weg nach Taiwan. Der Kaufpreis wurde nicht bekanntgegeben (ZYRB und LHB 10.2.83). Jedoch hatte Anfang Dezember 1982 die Regierung Reagan dem US-Kongreß mitgeteilt, verschiedene Kriegsmaterialien im Wert von rund 100 Mio. US\$ an Taiwan verkaufen zu wollen (ZYRB und LHB, 2.12.82).

Die Nachrichten erfolgten nur drei Tage nach der Beendigung des Besuchs des US-Außenmin-

isters George P. Shultz in Beijing. Offenbar hat dieser den Chinesen die Lieferung von F-104 an Taiwan erläutert. Sie ist auf keinen Protest von Beijing gestoßen. In dem gemeinsamen Kommuniqué vom 17.8.1982 zwischen Beijing und Washington hat die US-Regierung erklärt, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VR China und den USA überschreiten würden (s. dazu C.a., September 1982, S.558 ff.). Gleich nach der Vereinbarung hat die US-Regierung die Verlängerung der Zusammenarbeit zwischen der US-Firma Northrop Corporation in Kalifornien und Taiwan zur Herstellung von 30 F-5E und 30 F-5F gebilligt. Sowohl F-104 als auch F-5 hat Taiwan bereits in den 60er beziehungsweise 70er Jahren von den USA erhalten. Der Wunsch Taiwans nach modernen US-Flugzeugen vom Typ F-16 oder F-X wurde von Washington nicht erfüllt.

-ni-

(46)

Außenhandelsbilanz mit den USA

Im Außenhandel ist Taiwan 1982 hinter Kanada, Japan, Mexiko, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, Saudi-Arabien und noch vor Frankreich zum siebtgrößten Partner der USA geworden. Ein Jahr davor hatte es noch den 8. Platz innegehabt. Mit einer Steigerung von 10,16% hat Taiwan 1982 Waren im Wert von über 8,89 Mrd. US\$ in die USA ausgeführt. Die Einfuhrung aus den USA im gleichen Zeitraum betrug 4,36 Mrd. US\$, hier wurde gegenüber 1981 nur ein geringer Zuwachs von 1,45% verzeichnet. Damit ist der Exportüberschuß Taiwans gegenüber den USA von 3,76 Mrd. US\$ (1981) auf 4,52 Mrd. US\$ gestiegen (ZYRB, 31.1.83).

-ni-

(47)

Luftverbindung mit den Niederlanden

Die staatliche Fluggesellschaft Taiwans CAL (China Airlines) hat vor kurzem mit den niederländischen Firmen KLM und "Martin Air Charter Company" eine Vereinbarung für die Eröffnung einer Luftverkehrsverbindung zwischen Taipei und Amsterdam unterzeichnet. Sie wurde auch von den Regierungen beider Seiten gebilligt. Danach wird die niederländische Seite jede Woche zweimal, und zwar einmal mit einer Passagiermaschine und einmal mit einer Frachtmaschine, nach Taiwan flie-

gen. Die CAL hat ihrerseits ebenfalls das Recht, wöchentlich zweimal von Taipei nach Amsterdam und zurück zu fliegen. Obwohl die Eröffnung der Flugroute offiziell erst Anfang April erfolgen wird, hat eine Maschine der Martin Air "All Cargo DC-10 Jet" am 16. und 17. Februar mit einer Sondererlaubnis der taiwanesischen Behörde auf dem Weg von Tokyo nach Holland einen eintägigen Zwischenstopp auf dem internationalen Flughafen von Taipei eingelegt. Dabei wurden keine Güter ein- oder ausgeladen. Die CAL wird am 20. April mit einer Boeing 747 ihren Jungfernflug auf der neuen Flugroute unternehmen. Die Maschine mit einer Beförderungskapazität von 180 Passagieren und 40 t Gütern soll jeden Mittwoch von Taipei mit einer Zwischenlandung in Dubai nach Amsterdam und am folgenden Tag wieder von Amsterdam nach Taipei fliegen (LHB, 27.1., 17. und 20.2.83; CP, 27.1. und 18.2.83).

Bereits vor vier Jahren, am 15. Juli 1978, wurde die erste Flugroute Taiwans nach Europa mit der Vereinbarung zwischen CAL und Cargolux von Luxemburg eröffnet. Doch gilt die Aufnahme der neuen Flugverbindung zwischen Taipei und Amsterdam als politisch bemerkenswert, da seit 1981 die diplomatischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und der VR China infolge der Genehmigung der niederländischen Regierung für den Bau von zwei U-Booten für Taiwan durch die Werftfirma Rijn-Schelde-Verolme (RSV) schon einmal schwer belastet wurden. Beide Seiten haben ihre Botschafter zurückgerufen. Anlässlich der neuen Bewilligung einer Luftverkehrsverbindung zwischen Amsterdam und Taipei warnte denn auch die VR China Den Haag vor einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zur VR China (LHB, 4.-5.2.83; DGB, 26.2.83). Zwischen den Niederlanden und der VR China gibt es zwar ein Luftfahrtabkommen, doch keine direkte Luftfahrtverbindung.

Laut Meldung der niederländischen Presse ist das Unternehmen RSV, an dem sich die niederländische Regierung mit 40% des Kapitals beteiligt, Anfang Februar zahlungsunfähig geworden. Um die Lieferung der zwei genannten U-Boote zu sichern, sollen Vertreter von Taiwan zur Zeit mit den Holländern über den Kauf der Werft oder eine Investitionsbeteiligung Taiwans an der Firma verhandeln. Neben den zwei genannten U-Booten hat Taiwan 1981 bei RSV noch Kernkraft- und Flüssiggasanlagen